



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914**

**Friedjung, Heinrich**

**Berlin, 1919**

V. Bismarck und seine Erben 1888 - 1894. Russisch-französisches Bündnis

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73514](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73514)

V

Bismarck und seine Erben

\* (1888 — 1894) \*

Russisch-französisches Bündnis



Entlassung Bismarcks . . . . .	115
Lösung des Rückversicherungsvertrages. Caprivi und Holstein . . . . .	120
Die letzten Jahre der Kolonialpolitik Bismarcks . . . . .	123
Kolonialpolitik unter Caprivi . . . . .	127
Bismarcks letzte Jahre . . . . .	131
Russisch-französisches Bündnis . . . . .	136



Auf solcher Höhe stand Deutschland, so lange Bismarck mit Wilhelm I. zusammenwirkte. Als der alte Kaiser am 9. März 1888 verschied, war eine Änderung schon dadurch ausgeschlossen, daß Kaiser Friedrich III. während der hundert Tage seiner Regierung bei seiner unheilbaren Krankheit nicht an dem Vermächtnisse seines Vaters rühren mochte. Wilhelm II. aber war von seiner Thronbesteigung an (15. Juni 1888) entschlossen, Herrscher zu sein im vollen Sinne des Wortes. Auch dem Größten unter den Lebenden wollte er nicht die oberste Leitung der Geschäfte des Reiches überlassen. Ihn drückte die Autorität des Schöpfers des Deutschen Reiches, so daß nur fraglich war, zu welcher Frist der Kaiser sich von seinem Kanzler trennen werde.

\*

### Entlassung Bismarcks

Es war bloß ein Zufall, daß der Bruch nicht schon wegen der Meinungsverschiedenheit über die äußere Politik erfolgte. Wohl handelte es sich dabei nur um Schattierungen, da der Kaiser mit dem Kanzler darin übereinstimmte, daß mit den zwei Weltmächten Frieden und Freundschaft zu halten sei. Wilhelm II. aber hatte nichts dagegen, von Rußland etwas abzurücken und sich England zu nähern. In seiner hohen Schätzung der Macht des Deutschen Reiches hielt der Kaiser es für überflüssig, mit seiner Sympathie für Großbritannien zurückzuhalten, nur um in Petersburg nicht anzustoßen. Er war von seiner Mutter, die an ihrem Vaterlande mit Liebe hing, in Hochschätzung englischen Wesens, in Verehrung für die Königin



Viktoria erzogen worden. Es war menschlich begreiflich, daß es der Kronprinzessin Viktoria auch als Kaiserin am Herzen lag, Deutschland möchte, wenn es zu dem allgemein erwarteten Kriege Englands gegen Rußland käme, ihrer Heimat zur Seite stehen. Sie hörte auf die Ratschläge des englischen Diplomaten Sir Robert Morier, zuletzt Botschafters in Petersburg; und wenn sich Bismarck oft darüber beklagte, daß Morier ihm auch bei der inneren Regierung des Reiches entgegenwirkte, so ist seit der Veröffentlichung der Denkwürdigkeiten dieses Freundes des deutschen Kronprinzenpaares sichergestellt, daß der Argwohn des Kanzlers begründet war. Der Gegensatz Bismarcks zum britischen Hofe verschärfte sich, als nach dem Tode des Kaisers Friedrich dessen Tagebuch aus den Jahren 1870 und 1871 veröffentlicht und Gessden, der sich dies auf eigene Faust erlaubt hatte, zur gerichtlichen Verantwortung gezogen wurde, weil er Staatsgeheimnisse preisgegeben hätte. In dem Berichte Bismarcks an den Kaiser, in welchem die Verfolgung Gessdens empfohlen wurde, war die Behauptung aufgestellt, der Kronprinz wäre in die geheimsten Dinge deshalb nicht eingeweiht worden, weil Wilhelm I. gefürchtet hatte, es könnten auf diesem Wege indiscrete Mitteilungen an den englischen Hof erfolgen. Das war tief verlegend für das Andenken des toten Kaisers wie für dessen Gemahlin. Der Bericht Bismarcks, besonders aber dessen Veröffentlichung, wurde auch von der Königin von England und von dem Prinzen von Wales als Beleidigung empfunden.

Nicht diese persönlichen Verstimmungen, sondern ernste politische Gründe bestimmten den Fürsten Bismarck, auf die Neigung des jungen Kaisers für England dämpfend einzuwirken. Daß der Kanzler auf die Freundschaft mit Großbritannien großen Wert legte, war aus seiner bisherigen Politik deutlich zu ersehen. Aber immer galt ihm Rußland als der Nachbar, auf den das Deutsche Reich schon wegen seiner langen offenen Grenze im Osten größere Rücksicht nehmen mußte. In Petersburg durfte kein Zweifel darüber aufkommen, daß für das Berliner Kabinett die Beziehungen zu Rußland nach denen zu Osterreich-Ungarn in erster Linie standen, dann erst in gemessener Entfernung die zu Großbritannien. So hatte Bismarck es immer gehalten, und dabei blieb er, als sich um die Zeit der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. der Gegensatz Englands zum Zarenreich wieder einmal verschärfte. Rußland drängte zum Großen Ozean, begann deshalb den Bau der sibirischen Eisenbahn und gewann in Korea Ein-



fluß; 1887 setzte es bei der chinesischen Regierung durch, daß die Briten Port Hamilton auf Korea räumen mußten, welches sie vier Jahre vorher besetzt hatten. In diesen Verwicklungen entschloß sich Großbritannien im Mai 1887 zu einer gewaltigen Verstärkung seiner Kriegsflotte: es wurde beschlossen, innerhalb sieben Jahre 70 Schiffe, darunter 10 Panzer, zu bauen. Bei der Beratung der Vorlage im Parlament bekannte sich die Regierung durch den Mund des Marineministers Hamilton zu dem Grundsatz, daß die englische Kriegsmarine so mächtig sein müsse wie die Flotten der zwei nächststarken Seemächte (Two powers standard). Damit waren Rußland und Frankreich gemeint; denn mit letzterem Staate lag Großbritannien wegen Hinterindien, Madagaskar und Westafrika im Streit. Die französischen Nationalisten teilten damals ihren Haß ehrlich zwischen Deutschland und England.

Bismarck besorgte nun, daß die deutsche Politik die Farbe der warmen Beziehungen des Kaisers zu seinen britischen Verwandten annehmen werde. Im August 1889 besuchte Wilhelm II. England und wurde glänzend empfangen, nicht bloß, weil er der Enkel der alten Königin war, sondern weil die politisch geschulte öffentliche Meinung einsah, wie notwendig es sei, sich des Kaisers gegen Rußland zu versichern. Er wurde zum Admiral der englischen Flotte ernannt; bei dem ihm gegebenen Festmahl brachte der Prinz von Wales einen Trinkspruch aus, in dem er sich seinem kaiserlichen Neffen förmlich an den Hals warf. Kaiser Wilhelm, so sagte er, habe die größte Flotte besichtigt, welche England jemals ausgerüstet hatte; in dieser Zeit müsse jedes Land auf alle Möglichkeiten vorbereitet sein, aber er, der Prinz von Wales, sei überzeugt, daß die große deutsche Armee und die britische Flotte dazu dienen würden, der Welt den Frieden zu erhalten. Einige Tage später, nach einer Übung englischer Landtruppen, ergriff der Kaiser das Wort, um daran zu erinnern, daß in den Schlachten von Malplaquet und Waterloo britisches und preußisches Blut für eine gemeinsame Sache vergossen wurde. Schon das war mehr, als man in Petersburg vertrug. Dazu kam, daß der Kaiser, unmittelbar nachdem er 1889 in Athen der Hochzeit seiner Schwester mit dem Kronprinzen Konstantin von Griechenland beigewohnt hatte, auch den Sultan Abdul Hamid in Stambul besuchte. Damit wurde der Sultan gewissermaßen in die europäische Staatengemeinschaft aufgenommen, jedoch das Mißtrauen Ruß-



lands wachgerufen. Als dann der Prinz von Wales in Berlin seinen Gegenbesuch machte, rief der Kaiser am 22. März 1890 — zwei Tage nach der Entlassung Bismarcks — in einem Trinkspruche nochmals die Erinnerung an die deutsch-englische Waffenbrüderschaft in früheren Kriegen wach. Da flüsterte der greise Moltke dem Fürsten Chlodwig Hohenlohe über Tisch die Worte zu: „Ein politisch Lied, ein garstig Lied!“ Wollte Deutschland den Waffengang mit Rußland vermeiden, so durfte es sich nicht mit England verbrüdern.

Zum Bruche zwischen dem Kaiser und Bismarck kam es jedoch nicht hierüber, sondern wegen der Arbeiterfrage. Der Kaiser strebte die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeitermassen für die Monarchie durch eine großzügige Sozialreform an, was Bismarck für utopisch hielt. Durch diese Einwendung ließ sich Wilhelm II. nicht irremachen, wie aus seiner damaligen hochsinnigen Äußerung hervorgeht: „Ob wir nun Dank oder Undank für unsere Bestrebungen zur Aufbesserung des Wohles der arbeitenden Klassen ernten, in diesen Bestrebungen werde ich nicht erlahmen. Ich habe die Überzeugung, daß diese staatliche Fürsorge uns zum Ziele führen wird, die arbeitenden Klassen mit ihrer Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung zu versöhnen. Jedenfalls geben diese Bestrebungen mir für alles, was wir tun, ein gutes Gewissen.“

Der Reichskanzler aber war mit den Jahren zu der Ansicht gekommen, daß sich alles auf einen lebensgefährlichen Kampf zwischen der Staatsgewalt und der Sozialdemokratie zuspizte, und er für seine Person schreckte nicht davor zurück, den inneren Feind mit Waffengewalt niederzuwerfen. Das aber wollte der Kaiser vermeiden, und dieser Vorsatz muß ihm zum Verdienst um sein Volk zugerechnet werden. Abgesehen ist Bismarck, so viel wir wissen, nicht mit einem Vorschlage zur Gewaltanwendung an den Kaiser herangetreten. Was über diese Absicht des Kanzlers erzählt wird, beruht auf einigen in der Erbitterung des Kampfes von ihm hingeworfenen Worten. Schon 1887 hatte er zu einem konservativen Parteiführer die Äußerung getan: „Ich will die letzten Jahre meines Lebens daran setzen, den schwersten Fehler gutzumachen, den ich je begangen habe“, und damit war die Gewährung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes gemeint. Der Biograph Bismarcks wird an derartigen Ausbrüchen des Unwillens nicht vorübergehen dürfen; für die politische Geschichte jedoch zählen nur bestimmte Entwürfe, Gesetzborschläge, Ansprachen,



nicht aber Stimmungen, die, aus dem Tage geboren, sich nicht zu greifbarer Tat verdichtet haben<sup>1)</sup>.

Der Kaiser schritt auf seinem Wege fort und richtete am 4. Februar 1890 zwei Erlasse an die Regierung, in denen sie angewiesen wurde, zu prüfen, ob es nicht möglich sei, „die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben“. Großmütige Vorsätze, die aber bis zum heutigen Tage im wesentlichen unausgeführt geblieben sind. Es mußte Bismarck tief verlegen, daß der Kaiser die Erlasse mit anderen Ministern, in erster Linie mit Bötticher, festgestellt hatte, bevor sie dem Kanzler zur Begutachtung vorgelegt wurden. Dessen Einwendungen wurde nur in Neben- dingen Raum gegeben und die kaiserlichen Befehle fast so kundge- macht, wie sie ohne Bismarck entworfen worden waren. Unmöglich konnte sich der höchste Beamte des Reiches als untergeordnetes Organ der Regierung behandeln, von bevorzugten Amtsgenossen beiseite- schieben lassen. Dagegen häumte sich sein Selbstgefühl auf. Er berief sich auf eine seit 1852 bestehende königliche Kabinettsordre, in der den anderen Ministern untersagt war, ohne Vorwissen des Ministerpräsidenten Vortrag beim Monarchen zu halten: damit hatte unter ähnlichen Verhältnissen Manteuffel, der leitende Staatsmann unter Friedrich Wilhelm IV., Gegenwirkungen beim König zu ver- hindern gewußt. Die Einhaltung dieses nie aufgehobenen Erlasses wurde von Bismarck mit tiefem Ernst gefordert. Der Kaiser brauste auf: er lasse sich nicht verbieten, seine Ratgeber wann immer zu hören. Deshalb verfügte er die Aufhebung der Ordre von 1852. Der Kanzler verweigerte die Gegenzeichnung dieser Maßnahme. Da konnte Wilhelm II. den Fürsten nicht länger als „Last und Mentor“ er- tragen, wie Bennigsen sich schon früher, den Bruch voraussehend, ausgedrückt hatte. Er ließ den Kanzler anweisen, seine Entlassung einzureichen, und wiederholte ungeduldig den Befehl, als Bismarck nicht schnell genug gehorchte. Eine mildere, den Fürsten schonende Form des Rücktritts wurde vom Kaiser abgelehnt, der sich als Herr fühlte und dies auch in Erinnerung bringen wollte. Früher oder

<sup>1)</sup> In dieser vielbesprochenen Streitfrage schließe ich mich den Ausführungen des grundlegenden Werkes von Hermann Hofmann „Fürst Bismarck 1890 bis 1898“ an (Stutt- gart 1913—1914, 3 Bde.), Bb. III, S. 105—124.



später mußte mit tragischer Notwendigkeit der Schlag fallen, aber so, wie er geführt wurde, griff er der Nation ans Herz.

\*

### Lösung des Rückversicherungsvertrages Caprivi und Holstein

Am 20. März 1890 erhielt Fürst Bismarck die Entlassung, General Leo von Caprivi wurde sein Nachfolger. Die Ernennung fand die Zustimmung des Kanzlers, der Caprivi als hervorragenden Militär, als ehrenfesten, umsichtigen Mann schätzte. Gerade war eine Entscheidung von großer Tragweite zu treffen. Der 1887 mit Rußland geschlossene Rückversicherungsvertrag lief eben ab, und der Botschafter des Zaren, Graf Paul Schuwalow, drängte auf Antwort, ob das Deutsche Reich den Vertrag, wie Rußland vorschlug, erneuern werde. Das wäre unter Bismarck bestimmt geschehen, sein Sohn, der als Staatssekretär die bereits erbetene Entlassung noch nicht erhalten hatte, war gleichen Sinnes. Während nun Herbert Bismarck zufällig von Berlin abwesend war, lehnte der neue Reichskanzler mit Zustimmung des Kaisers ab. Als Herbert von der Verhandlung erfuhr, war die Sache ohne ihn entschieden: augenblicklich trat er, was nach dem Scheiden seines Vaters bei ihm ohnedies beschlossene Sache war, aus dem Amt.

Caprivi handelte auf den Rat des Geheimrats Friedrich von Holstein, der früher das unbedingte Vertrauen Bismarcks genossen hatte, zuletzt aber in das andere Lager übergang. Er war in die geheimsten Dinge eingeweiht, sachkundig, eine nicht zu überbietende Arbeitskraft, aber auf seinem Charakter lag durch den Gang zum Ränkespiel ein Schatten. Das hatte schon Graf Harry von Arnim 1874 zu fühlen gehabt, Botschafter in Paris, dem Holstein als junger Legationssekretär beigegeben war. Arnim war ein Widersacher Bismarcks und der Kanzler benutzte Holstein, um den Botschafter zu überwachen. Der Legationssekretär arbeitete an dem Sturze seines Chefs und legte Zeugnis gegen ihn in dem Prozeß ab, der später gegen ihn zu Berlin wegen Aneignung amtlicher Akten angestrengt wurde. Dieses Vorgehen Holsteins zog ihm mit gutem Grund stren-



gen Tadel zu, so zwar, daß er nach seiner Rückkehr aus Paris gesellschaftlich vielfach gemieden wurde. Bismarck aber nahm ihn ins Auswärtige Amt hinüber, und hier wurden seine seltenen Gaben, sein Scharfsinn, seine nie rastende Pflichterfüllung so nützlich, daß er dem Kanzler fast unentbehrlich war; auf Wunsch Bismarcks führte er dessen Sohn Herbert in die Geschäfte ein. Als einer der Räte des Auswärtigen Amtes sich mit Holstein veruneinigte und seinen Abschied nahm, sagte Bismarck zu ihm, er wisse seine Dienste zwar zu schätzen, aber er könne ihn nicht halten, da er in den diplomatischen Geschäften wenigstens einen Mann brauche, auf den er sich wie auf Holstein ganz verlassen könne. So war dieser im Amte einflußreich wie kein zweiter, er zog sich aber nach seinen mißlichen Erfahrungen von der Gesellschaft — wenige engbefreundete Familien ausgenommen — ganz zurück, so daß er als menschenfleh galt. Seit 1887 war er der Stellvertreter des Unterstaatssekretärs, in dieser bescheidenen Stellung jedoch der erste der Räte des Amtes. Dieser Mann nun gesellte sich beim Sturze Bismarcks seinen Gegnern zu. Holstein behauptete, er habe den Fürsten und seinen Sohn vergebens gewarnt; Bismarck jedoch glaubte sich bei seinem Sturze von Holstein nicht bloß verlassen, sondern auch verraten und war bis zum Schlusse seines Lebens gegen den Mann mit den Hyänenaugen, wie er ihn nannte, mit unsäglichem Bitterkeit erfüllt.

Caprivi sagte später wiederholt, so zum Fürsten Chlodwig von Hohenlohe, daß die Rücksicht auf Osterreich-Ungarn ihn zur Lösung des Neutralitätsvertrages mit Rußland bestimmt habe. „Das Bekanntwerden des russisch-deutschen Vertrags,“ so sagte er, „würde den Dreibund gesprengt haben.“ Caprivi aber wollte Osterreich volle Treue halten, so daß Graf Paul Schuwalow sagte, er hätte als „allzu ehrlicher Mann“ gehandelt. Das trifft auf ihn zu, gewagt aber wäre die Behauptung, daß auch Holstein aus sittlichem Feingefühl der Lösung des Doppelverhältnisses das Wort sprach. Er ging vorwiegend von der Annahme aus, daß Deutsche Reich sei gefestigt und mächtig genug, um der Anlehnung an Rußland entraten zu können. Fürst Bismarck hatte in schlaflosen Nächten immer neue Bündnisse und Verträge zur Sicherung Deutschlands erfunden: seine Nachfolger haben sich dieser Sorge entschlagen und den von ihm hinterlassenen Schatz von Allianzen nicht vermehrt, vielmehr wiederholt günstige Angebote abgelehnt. Die erste Masche des Netzes war gelockert, als Deutschland von dem



Neutralitätsvertrag mit Rußland zurücktrat. Wohl läßt sich vieles gegen den 1887 erfolgten Abschluß sagen, doch war die Nichterneuerung des einmal bestehenden Vertrages eine Schwächung Deutschlands im großen Spiele der Weltpolitik. Denn der Zar wurde jetzt irre an der Zuverlässigkeit des Nachbarreiches, auch durch die Ablehnung seines Angebots verletzt. Wenn Kaiser Wilhelm und Caprivi sich von dem Geheimnis gedrückt fühlten, so war offene Aussprache mit dem Wiener Kabinett die natürliche Befreiung von dem Alp. Aber Holstein legte Wert auf eine bestimmte Abschattung der Politik unter und nach Bismarck: der Schüler glaubte klüger zu sein als der Meister.

Die Nichterneuerung des Vertrags war von Kaiser Wilhelm als Abrüden von Rußland behufs größerer Annäherung an Österreich-Ungarn gedacht, was sich praktisch darin äußerte, daß die bulgarische Politik des Petersburger Hofes fortan nicht mehr Deutschlands Unterstützung fand. Darüber sprach sich, wie Fürst Hohenlohe nach dem Zeugnisse des Generals von Heuduck erzählt, der Kaiser selbst zu seinen kommandierenden Generalen aus; Rußland wolle, so sagte er ihnen, Bulgarien militärisch besetzen und dabei der Neutralität Deutschlands sicher sein; er habe dem Kaiser von Österreich versprochen, ein treuer Bundesgenosse zu sein, und werde es halten. Das war ein einschneidender Unterschied gegen die politische Methode Bismarcks. Es ist deshalb belanglos, wenn die Verteidiger des vom Kaiser und von Caprivi eingeschlagenen „neuen Kurses“ Aussprüche Alexanders III. anführen, er habe Bismarck nie getraut und hegte zu seinem Nachfolger größeres Vertrauen. Derselbe Zar hatte Bismarck im letzten Jahre vor dessen Entlassung mit ähnlichen Höflichkeiten beehrt. Es ist auch gesagt worden, daß es nur der vollendeten diplomatischen Kunst Bismarcks möglich gewesen wäre, auf der schmalen Schneide zwischen Österreich-Ungarn und Rußland das Gleichgewicht zu halten; er durfte sich den Abschluß des geheimen Vertrages erlauben, sein Nachfolger aber habe gut daran getan, ihn nicht zu erneuern. Es ist aber für Caprivi und Holstein nicht eben schmeichelhaft, daß von ihnen gesagt wird, ihre Fähigkeiten hätten nicht ausgereicht, das an sich Verständige und Zweckmäßige ins Werk zu setzen. Holstein besonders würde sich für diese Art der Verteidigung bedankt haben<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> So Otto Hammann, „Der neue Kurs“ (Berlin 1918), S. 50—62. Hammann wurde von Caprivi mit der Leitung der Presse-Abteilung im Auswärtigen Amt betraut.



Auf Empfehlung Holsteins wurde zum Staatssekretär des Außenern Freiherr Marschall von Bieberstein ernannt, der bisherige Vertreter Badens im Bundesrate. Zunächst, bis der in den Geschäften seines Amtes nicht bewanderte Staatssekretär sich eingearbeitet hatte, war Holstein der eigentliche Leiter der äußeren Politik. Er hielt sich aber womöglich noch mehr im Hintergrund als früher. Denn in den Augen der Anhänger Bismarcks war er mit dem Makel der Undankbarkeit, selbst mit Schlimmerem behaftet. Da er selbst nicht Treue gehalten hatte, witterte er mit steigendem Mißtrauen überall Gegner und Neider; wie eine Spinne zog er von seinem Schreibtisch aus die Netze. Es gehörte zu der Seltsamkeit seiner Stellung, daß er nie zum Kaiser berufen wurde, der ihn persönlich fast nicht kannte. Er trat absichtlich schon deshalb nicht hervor, um nicht bei seinen Vorgesetzten in den Verdacht höher strebenden Ehrgeizes zu kommen; er begnügte sich mit der Macht und verzichtete auf ihren Schein. Er wirkte auf den Kaiser durch Caprivi und Marschall, die seine Dienste nicht entbehren konnten, und nachhaltiger noch durch den Grafen Philipp von Eulenburg, mit dem er bis zu ihrer späteren grimmigen Verfeindung in engster Verbindung stand.

\*

### Die letzten drei Jahre der Kolonialpolitik Bismarcks

Zum Verständnisse des von Wilhelm II. und Caprivi eingeschlagenen neuen Kurses ist es notwendig, auf die letzten Jahre der Wirksamkeit Bismarcks zurückzugreifen. Es war die Zeit großer Schwierigkeiten der Kolonialpolitik; der Kanzler mußte sich mit der Sicherung des Erworbenen begnügen und lehnte die Gewinnung überseeischen Besitzes eher ab. Dies besonders dann, wenn die Gefahr auftauchte, Deutschland könnte mit Großbritannien in Feindschaft geraten. Denn Bismarck warnte zwar, besonders aus Rücksicht auf Rußland, vor einem Bündnisse mit England, aber einem Zusammenstoße mit dieser Macht wich er behutsam aus, da sich sonst die zwei Westnationen Europas zusammengeschlossen hätten.



Abgesehen von der Rücksicht auf England geboten auch die Zustände in den deutschen Kolonien eine gewisse Zurückhaltung. Kinderkrankheiten stellten sich ein, die auch den in Kolonialsachen erfahrenen Nationen nirgends erspart bleiben, aber von ihnen ruhiger hingenommen werden. In Deutschland aber, wo die Linksliberalen und die Sozialisten aus Grundsatz Gegner von Kolonialerwerb waren, wurde von ihnen jeder Fehlschlag zu den bittersten Vorwürfen gegen die Regierung benutzt. Die Taten Bismarcks bei der Gewinnung des überseeischen Besitzes waren des Dankes der ganzen Nation würdig, statt dessen begegnete er im Reichstag einer nörgelnden Opposition, die ihn für jede Geldausgabe, die sich nicht sofort lohnte, verantwortlich machte, die jeden Aufstand von Eingeborenen als Argument gegen die Politik Bismarcks geltend machte. Dieses kleinliche Treiben erreichte den Höhepunkt, als im August 1888 ein Aufstand in Deutsch-Ostafrika ausbrach, bei dem alle Niederlassungen außer Dar-es-Salam und Bagamoyo verloren gingen. Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft war zu schwach, um die Erhebung mit den eigenen Mitteln niederzuschlagen. Das Reich mußte einspringen und die Regierung zu diesem Behufe zweimal vom Parlament einen Kredit von je zwei Millionen Mark verlangen. Nun hatte Bismarck früher des öfteren seinen Entschluß ausgesprochen, für Kolonien keine größeren Aufwendungen zu machen. Jetzt frohlockten seine Gegner, sie wären bessere Propheten gewesen als er. Indessen wurden, da es sich um die Ehre des Reiches handelte, die Gelder bewilligt, und Wislmann, der soeben von der zweiten Durchquerung Afrikas zurückgekehrt war, an die Spitze der deutschen Schutztruppe gestellt. Er schlug den Häuptling Buschiri, der den Aufstand leitete; dessen besestigtes Lager bei Bagamoyo wurde am 8. Mai 1889 erstürmt, Buschiri selbst später gefangengenommen und hingerichtet, da er die Weißen erbarmungslos hatte niedermeheln und den zu ihnen haltenden Negern die Hände abhacken lassen. Ein Jahr später war der Aufstand völlig niedergeworfen. Bismarck hatte die eigene Kraft und Opferfreudigkeit des deutschen Kaufmanns zu hoch angeschlagen; erst die Zeit nach ihm brachte, bei steigendem Reichtum und Weltblick der Nation, eine zu ausgreifenden Unternehmungen bereite Generation hervor. So mußte er die Hand dazu bieten, der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft die Regierung ihres Landgebietes abzunehmen: die Verwaltung ging am 20. November 1890 an das Reich über, während die Gesellschaft



nur als Erwerbsgenossenschaft bestehen blieb, besonders zum Betriebe großer Pflanzungen.

Der Kanzler gab seiner Verstimmung wiederholt Ausdruck, besonders in einer Reichstagsrede vom 26. Januar 1889, als er jenen Betrag von zwei Millionen Mark aus der Reichskasse in Anspruch nahm. Er sei von Haus aus „kein Kolonialmensch“ gewesen, habe sich in dieser Angelegenheit überhaupt nur der Mehrheit gefügt. Diese Behauptung deckte sich nicht mit dem Sachverhalt, die gekünstelte Gleichgültigkeit Bismarcks diene aber auch dazu, um das wachsende Mißtrauen Großbritanniens zu beschwichtigen.

Während von der einen Seite die Kolonialgegner den Kanzler bedrängten, tat er wiederum den Kolonialschwärmern zu wenig, welche fanden, die Regierung schöpfe die sich eröffnenden Möglichkeiten nicht aus. Zu den Pionieren im Vormarsche gegen das Innere Afrikas gehörte Karl Peters, der den kühnen Plan entwarf, zuerst die Küstengebiete nördlich von Deutsch-Ostafrika, also das Sultanat von Witu, zu erwerben und von hier aus weiter ins Binnenland bis an den oberen Nil vorzudringen, um auch diese Landschaften in Besitz zu nehmen. Ein weitaussehender Entwurf, der deshalb durchführbar erschien, weil, wie bereits (Seite 54) erzählt wurde, in der südlichsten Nilandschaft in der Äquatorialprovinz auch Wadelai genannt, der Deutsche Emin Pascha regierte. Emin behauptete sich an der Spitze einer Handvoll ägyptischer und einheimischer Soldaten, auch nachdem der ganze übrige Sudan vom Mahdi unterworfen worden war. Es wäre etwas Großes gewesen, wenn Peters in stande gewesen wäre, sich mit Emin Pascha zu vereinigen und seinem Vaterlande die weiten Räume vom Indischen Ozean bis zum oberen Nil zu sichern.

Die Briten waren jedoch wachsam und entschlossen, die Deutschen zu verhindern, mit Hilfe Emin Paschas im Innern Afrikas festen Fuß zu fassen. Eine Gruppe englischer Kapitalisten trat zusammen und gewann ihrerseits Stanley, um die Äquatorialprovinz schnell für England in Besitz zu nehmen. Nach englischer Art erhielt das Unternehmen den Deckmantel edler Menschlichkeit: Stanley wurde ausgerüstet, um den seit Jahren von der Verbindung mit Europa abgeschnittenen Emin Pascha aufzusuchen und zu retten. Stanley trat also aus belgischen Diensten in die seines englischen Vaterlandes, brach von der Westküste Afrikas auf und drang mit gewohnter Umsicht in das Innere des schwarzen Weltteils vor.



Peters hatte also Eile, um, von der Ostküste ausgehend, früher als die Engländer bei Emin Pascha anzulangen. Er kam aber zu spät. Von Witu in die Landschaft Uganda vordringend, erfuhr er, daß Stanley ihm zuvorgekommen war. Dieser fand Emin Pascha 1888 in verhältnismäßiger Sicherheit vor, von ihm zugetanen Stämmen umgeben und anfangs nicht willens, sich von Stanley „retten“ und fortführen zu lassen. Indessen gelang es Stanley, sei es mit Überredung, sei es mit sanfter Gewalt, Emin Pascha zum Verlassen Wadelais zu bestimmen, wobei dessen Getreue mitgenommen und wohlbehalten nach der Küste Ostafrikas gebracht wurden. Peters, von Schmerz und Zorn über das Scheitern seines Plans ergriffen, mußte sich ins Unvermeidliche fügen; er erwies Deutschland jedoch dabei den Dienst, nicht bloß den Sultan von Witu, sondern auch den von Uganda zur Anerkennung der Oberhoheit Kaiser Wilhelms zu bestimmen. Immerhin noch ein schöner Erfolg.

Das aber ging der englischen Regierung gegen den Strich. Denn sie hatte immer das Ziel im Auge, sich die Zwischengebiete zu unterwerfen und diese Herrschaft mit der über Südafrika zu verbinden. Zu diesem Behufe wurde 1888 die Britisch-Ostafrikanische Gesellschaft mit großem Kapital gegründet und von der Königin mit einem anspruchsvollen Freibrief ausgestattet, der auch das Sultanat von Witu umfaßte. Es fiel den Briten nicht ein, sich die Straßen vom Indischen Ozean nach dem Nil durch die Deutschen sperren zu lassen. Die englische Presse, mit Stanley an der Spitze, begann einen wahren Kreuzzug gegen die deutschen Pioniere; konnte man sich aber nicht einigen, so ging die deutsch-englische Freundschaft in Brüche, die junge britisch-imperialistische Bewegung aber richtete ihre ganze Wucht gegen den deutschen Nebenbuhler.

Das war es, was Bismarck vermeiden wollte, da Rußland immer ein unsicherer Nachbar war, Frankreich aber von der Partei Boulangers zum Losschlagen aufgestachelt wurde. Deswegen erklärte er sofort, Deutschland erhebe auf den oberen Nil keinerlei Anspruch. Im Herbst 1889 ließ er die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft wissen, daß er Witu nur als „Kompensationsobjekt“ ansehe. Im selben Sinne gab er dem Geheimrat Holstein für die weiteren Unterhandlungen die Richtschnur, die Erhaltung Salisburys an der Macht sei ihm wichtiger als Witu.

\*



## Kolonialpolitik unter Caprivi

So standen die Dinge, als Caprivi ins Amt trat. Der neue Kanzler war noch weniger willens, sich zu einer Fehde mit England fortreißen zu lassen. Das würde auch nicht den Absichten Kaiser Wilhelms entsprochen haben. Caprivi besaß, da er 1883 bis 1888 mit der Leitung der deutschen Kriegsmarine betraut gewesen war, ausreichende Kenntnisse von den Angelegenheiten über See; er hatte aber zur Flotte kein rechtes Verhältnis und vertauschte jenes Amt 1888 gerne mit dem Kommando über das 10. Armeekorps in Hannover. Er war übrigens überzeugt, daß Deutschland immer gegen Frankreich und Rußland auf der Wacht stehen müsse, und deshalb war ihm alles unwillkommen, was Deutschland mit Großbritannien veruneinigen konnte. In Hannover sagte er zu Georg Irmer, einem der Führer der Kolonialbewegung: „Mit Ihrer Kolonial- und Flottenpolitik schwächen Sie unsere territoriale Wehrkraft und bringen uns schließlich auch noch mit England auseinander, unserem einzigen natürlichen Bundesgenossen in diesem unabwendbaren, für die deutsche Zukunft entscheidenden Kampfe. Es kann sich für Deutschland heute und für die nächste Zukunft nur darum handeln, wie klein unsere Flotte sein kann, und nicht wie groß!“<sup>1)</sup> Diese Ablehnung von Kolonialbesitz, diese Hinneigung zu England wurde auch von Holstein geteilt und bildete den Leitgedanken der deutschen Politik bis zum Rücktritt Caprivis. Dessen Überzeugung, der Kampf mit dem Zarenreich sei unvermeidlich, war auch einer der Beweggründe zur Kündigung des russischen Neutralitätsvertrags gewesen und erleichterte jetzt die Auseinandersetzung mit England über die strittigen ostafrikanischen Gebiete.

England verlangte den Verzicht auf alle Landstriche außerhalb des bereits deutschen Ostafrika und bot dafür Helgoland. Die Insel war der Jagdraum des jungen Prinzen Wilhelm gewesen, als er noch dem Throne fernestand. Auch Bismarck faßte bereits ihre Erwerbung ins Auge und gab dem Botschafter Grafen Münster den

<sup>1)</sup> Georg Irmer, „Völkerdämmerung im Stillen Ozean“ Leipzig (1915), S. 51.



Auftrag, deshalb bei der englischen Regierung anzuklopfen. Zu Lord Granville, dem Minister des Außern, sagte Münster, die Abtretung Helgolands würde die Freundschaft Englands zum Deutschen Reich befestigen. Da aber erwiderte der britische Minister schlagfertig: Ob der Botschafter nicht glaube, daß England auch Spanien gewinnen könnte, wenn es Gibraltar dahingebe?<sup>1)</sup> Bismarck ließ die Dinge auf sich beruhen und wartete, bis die Weltlage es gestatten werde, den Wunsch nachdrücklicher zur Geltung zu bringen.

Die englische Regierung kannte den Herzenswunsch Kaiser Wilhelms und verlangte viel, sehr viel für dessen Erfüllung. Vor allem den Verzicht auf Witu und Uganda, was naheliegend war. Dann aber wollte sie sich in den Besitz Sansibars setzen, während in dem Vertrag von 1886 die Unabhängigkeit dieses Inselstaates ausgemacht war. Sansibar hatte für Ostafrika solche Wichtigkeit, daß in jenen Ländern die Rede ging: „Wenn man in Sansibar die Flöte spielt, fängt Afrika bis an den Seen zu tanzen an.“ Nun aber hatte sich in den letzten Jahren daselbst der deutsche Handel sehr ausgedehnt, Sansibar gehörte mehr zum deutschen als zum englischen Interessengebiet.

England drang jedoch mit seinem Vorschlag durch. Am 1. Juli 1890 wurde der Vertrag geschlossen, in dem ausgemacht war, daß Deutschland Helgoland, ferner die Küstenplätze Deutsch-Ostafrikas (die bisher vom Sultan von Sansibar bloß in Pacht genommen waren) und den sogenannten Caprivi-Zipfel in Südwestafrika erhalten sollte; den Briten fielen Witu, Uganda und Sansibar zu. Niedergeschlagenheit herrschte darob in Deutschland, wo man sich übervorteilt glaubte, um so mehr, als Bismarck erklären ließ, für Helgoland hätte nur Witu hingegeben werden sollen, mit Sansibar besonders wäre es zu teuer erkaufte. Die Pioniere der deutschen Kolonisation sprachen ihren Unwillen aus, Peters prägte übertreibend das Wort: „Eine Badewanne für die zwei Königreiche Witu und Uganda!“ Schmerzlich war es, daß Stanley das Hohnwort in Umlauf setzte: Deutschland habe für eine neue Hose einen alten Hosentopf eingetauscht.

So die Erforscher Afrikas, denen Helgolands Bedeutung für die Verteidigung der deutschen Nordseeküste entging. Als die Insel, welche den Briten ein trefflicher Flottenstützpunkt im Kriege gegen Deutsch-

<sup>1)</sup> Lord E. Fitzmaurice, „The Life of second Lord Granville“, II, S. 351.



land werden konnte, zu einer mächtigen deutschen Seefestung ausgebaut wurde, änderte sich das Urteil über den Vertrag vom 1. Juli 1890. Helgoland hat dann im Weltkrieg die Mündungen der Elbe und der Weser geschützt. Doch ist zu bemerken, daß die deutsche Regierung zur Zeit des Helgolandvertrages so wenig an einen deutsch-englischen Krieg dachte wie die Engländer selbst. In der Denkschrift, welche der Reichskanzler dem deutschen Parlament zur Begründung des Vertrages unterbreitete, ist als entscheidendes Argument gesagt, die Freundschaft mit Großbritannien sei so wertvoll, daß deshalb schon die kolonialen Streitigkeiten geschlichtet werden müßten. Es heißt daselbst: „Der Gedanke, um eines kolonialen Zwistes willen in letzter Instanz zum Zerwürfniß mit England gedrängt werden zu können, durfte keinen Raum gewinnen. Es konnte nicht zweifelhaft sein, daß unser kolonialer Besitz materiell bei weitem nicht wertvoll genug ist, um etwa gar die Nachteile eines den beiderseitigen Wohlstand auf das tiefste erschütternden Krieges aufzuwägen. Aber nicht bloß der Krieg mit den Waffen in der Hand mußte vermieden werden, auch die Verfeindung der Nationen, die Verbitterung der Stimmung in weiteren Interessentenkreisen, die diplomatische Fehde durften in unserem kolonialen Besitz keinen Boden finden. Wir wünschen dringend, die alten guten Beziehungen zu England auch auf die Zukunft zu übertragen.“

Es lag im Zuge der Politik Caprivis, daß er auch in Nordafrika den Engländern keine Schwierigkeiten bereitete. Diese Einigung erfolgte am 15. Oktober 1893. Danach ließ Deutschland den Briten freie Hand im ganzen Gebiete des Nil von Wadelai bis zu dessen Mündung. Das war den Briten deshalb wichtig, weil sie bereits den Feldzug zur Unterwerfung des Sudan vorbereiteten. Als Entgelt erklärte sich Albion einverstanden, daß die Kamerunkolonie sich beliebig weit ins Innere Afrikas ausdehne — theoretisch genommen bis zum britisch-ägyptischen Reich. Nur waren freilich die Räume östlich Kamerun bereits von den Franzosen durchstreift, auf deren Kosten also England freigebig war. Frankreich strebte in diesem Binnengebiet die Landverbindung zwischen seinen Besitzungen am Niger und denen am Kongo an, was die Deutschen immer noch hindern konnten. Aber die deutsche Regierung legte keinen Wert auf die Landstriche tiefer im Innern, sie war auch Frankreich gegenüber bescheiden, und so kam das Abkommen vom 15. März 1894 zu-



stande. Danach wurde der Tschadsee als Ostgrenze Kameruns festgesetzt, dann begann französisches Gebiet. Das war alles sehr friedlich, aber nicht gerade weitblickend. Im gleichen Sinne wurde auch Emin Pascha seinem Schicksal überlassen, als er die Grenzen Deutsch-Ostafrikas nach Westen hinausrücken wollte. Er brach kühn vom Albert-Nyanza auf und erreichte den Kongo, westlich von diesem Strom wurde er am 20. Oktober 1892 von den Eingeborenen erschlagen.

Die deutsche Regierung begnügte sich überall mit dem Ertrungenen, das übrigens auch von Caprivi kräftig festgehalten wurde, als England sich, wie noch zu erzählen ist, des Kongostaates zu seiner Ausdehnung bedienen wollte. Südwestafrika wurde gegen einen Aufstand verteidigt, den der Stamm der Nama unter Führung Witbois wagte. Nach längeren Kämpfen wurde Witboi 1892 vom Hauptmann François besiegt, dann 1894 vom Major Leutwein zum Niederlegen der Waffen gezwungen. Es wollte aber mit den Kolonien durch Jahre nicht vorwärtsgehen, zum Teil, weil die Verwaltung zu bürokratisch vorging. Schlimm war's, daß Karl Peters als Reichskommissar im Binnenland von Deutsch-Ostafrika sein Amt durch Grausamkeiten verunehrte; er wurde deshalb durch Urteil des Disziplinargerichtes 1897 aus dem Reichsdienst entlassen. So ging die Begabung des kraftvollen, aber ungezügelten Mannes seinem Lande verloren. In England würde man von den ihm zur Last gelegten Taten nicht viel Aufhebens gemacht haben. Die Gesinnung, aus der seine Verurteilung erfolgte, war vornehm; würden aber die Spanier mit Cortez und Pizarro, die Briten mit Clive ähnlich verfahren haben, so wären ihre überseeischen Reiche ungegründet geblieben.

Daß Caprivi allem Kolonialerwerb abhold war, geht aus seinem am 17. Februar 1894 im Reichstage getanen Ausspruch hervor, „daß wir Gott danken könnten, wenn uns nicht jemand ganz Afrika schenkte“, es sei ein Vorteil, daß an dieser Last auch andere Mächte mittrügen. Und einmal drohte er bei einer Meinungsverschiedenheit in allem Ernst dem Kolonialdirektor im Reichskanzleramt Paul Kayser, er werde, wenn es so fortginge, Deutsch-Südwestafrika noch verkaufen. Dies alles zu einer Zeit, als Engländer und Franzosen um die weite afrikanische Gebiete in Besitz nahmen, um ihrer Nation eine größere Zukunft zu sichern. Der zweite deutsche Kanzler war ein trefflicher Soldat, geistig so hochstehend, daß er sich auch in wirtschaftliche Fragen erstaunlich rasch hineinarbeitete. Es fehlte ihm aber ebenso wie Hol-



stein das Verständniß für die Weltpolitik. Dem Letzteren waren ökonomische Angelegenheiten im allgemeinen fremd; er lebte unter seinen Akten und ging ganz in den Feinheiten der Diplomatie auf. Der Staatssekretär Marschall von Bieberstein endlich, dessen vielseitige Bildung sich auch auf staatswissenschaftliche Dinge erstreckte, wurde erst mit der Zeit in seiner Amtswirksamkeit einflußreich. Diese Männer standen Lord Salisbury, mit dem sie zu verhandeln hatten, weit nach, da er fast von Jugend auf sich an der Herrschaft über das britische Reich beteiligt hatte und dessen Bedürfnisse kannte. Chamberlain, von Hause aus ein großer Fabrikant, Cecil Rhodes, einer der erfolgreichsten Kaufleute aller Zeiten, waren ganz anders für die Leitung großer kolonialer Besitzungen vorbereitet. Nur Bismarck hatte sich, dank seinem praktischen Genie, bei der Erwerbung von Kolonien voll bewährt. Es würde Deutschland zum Heile gereicht haben, hätte er dessen Schritte auf dem Gebiet der Weltpolitik länger und bis zu seinem Tode geleitet.

\*

### Bismarcks letzte Jahre

Bornerglühl hatte sich Bismarck in den Sachsenwald zurückgezogen. Er rief die Nation zum Richter auf zwischen sich und seinen Erben und erinnerte in Wort und Schrift immer wieder an das, was Kaiser und Reich ihm verdankten. Es wäre größer gewesen, wenn er seine Taten allein für sich hätte sprechen lassen, denen an Beredsamkeit Worte nicht gleichkommen konnten: aber dann freilich war er nicht Bismarck mit seiner unbezähmbaren Leidenschaft, seiner nie gestillten Machtbegierde. Seine Bemerkungen trafen in Berlin wie Geißelhiebe, so daß die Regierung sich zu einem falschen Schritte hinreißen ließ. Im Juni 1892 sollte sich Herbert Bismarck zu Wien mit Gräfin Margarete Hoyos vermählen; der Altreichskanzler reiste zur Hochzeit und ließ durch die Prinzessin Reuß, die Gemahlin des deutschen Botschafters, in der Hofburg anfragen, ob er vom Kaiser Franz Joseph empfangen werden könnte. Die Prinzessin erhielt den Bescheid, der Kaiser sei einverstanden. Da fuhr die deutsche Regierung dazwischen. Sie bereitete durch ihre Vorstellungen in der Hofburg die Audienz und verbot



sogar den Mitgliedern der Botschaft die Teilnahme an den Hochzeitsfeierlichkeiten. Fürst Bismarck empfand dies als persönliche Beleidigung und wollte in der ersten Aufwallung Caprivi, dessen feindseliger Erlass vom 9. Juni 1892 noch dazu im Reichsanzeiger veröffentlicht wurde, zum Zweikampf fordern. Er unterließ dies zwar, aber von jetzt ab wurde seine Kritik der Handlungen der Regierung bitterer und persönlicher, zudem bekamen die begeisterten Kundgebungen des ihm ergebenen Teiles der Nation eine Spitze auch gegen Kaiser Wilhelm.

Das Urteil des Ultrereichskanzlers über die äußere Politik seiner Nachfolger war aus überragender Sachkenntnis geschöpft, ihrer inneren Regierung dagegen konnte er nicht gerecht werden. Auf diesem letzteren Gebiete ist Bismarck eine bestrittene Größe, denn neben fruchtbaren Anstößen, die von ihm ausgegangen sind, stehen offenkundige Fehlgriffe und Mißerfolge. Von seinen großen Werken haben ihn die Reichsverfassung, wie seine das Aufblühen Deutschlands fördernde wirtschaftliche Gesetzgebung, endlich die staatliche Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung überlebt; besonders das Gesetz von 1889, welches 12 Millionen Bürgern für ihr Alter und den Fall der Gebrechlichkeit Jahresrenten auswarf, wird für alle Zeiten seinen Ruhm verkünden. Dagegen war seine Behandlung der Parteien unglücklich und in der Wirkung zersetzend: die Opposition der Ultramontanen und der Sozialdemokraten gegen ihn ist durch den Versuch der Unterdrückung, die der Linksliberalen durch die von Bismarck gewählte Kampfesart verschärft worden. Bismarck, so hat man gemeint, hätte es dadurch verfehlt, daß er die Methoden seiner äußeren auf die innere Politik übertrug. Das ist nur zum Teile richtig, denn man vermißt bei seinem Vorgehen im Innern oft die richtige Schätzung der Kräfte, das Augenmaß für das Erreichbare, die Selbstbescheidung, kurz die Eigenschaften, die ihm im Verkehr mit fremden Regierungen die Überlegenheit sicherten.

Nach seinem Rücktritt glätteten sich im Inneren die Wogen: abgesehen von den Sozialdemokraten, die erst durch den Weltkrieg belehrt werden sollten, fügte sich eine Partei nach der anderen als dienendes Glied in den Dienst des Reiches ein. Das war mit einer Folge des Aufhörens des von Bismarck geübten Druckes. Der Kaiser aber hat durch seine menschlich-freie Auffassung und seine Herzenswärme viel dazu beigetragen, die bürgerlichen Parteien einander und der Regierung näherzubringen: einer der besten Erfolge seiner Regententätigkeit. Als die konservativ-kerikale Mehrheit des preussischen Landtages unter



Führung des Kultusministers Grafen von Zedlitz 1892 dem Lande ein konfessionell gerichtetes Schulaufsichtsgesetz auferlegen wollte, als sich die Träger der Bildung, die Universitäten voran, dagegen auflehnten, machte Wilhelm dem Spuk ein Ende, indem er die Zurückziehung der Regierungsvorlage anordnete. Diese freie Entschließung erfolgte gegen den Rat des konservativ und kirchlich gesinnten Caprivi, während Minister Miquel hierbei dem Kaiser mit seinem Räte zur Seite stand. Miquel, der das Amt eines preußischen Finanzministers von 1890 bis 1901 bekleidete, war überhaupt der Mann des Kaisers und beeinflusste die innere Regierung stärker als irgendein anderer neben ihm. In der Jugend Sozialist, wurde er als reifer Mann neben Bennigsen Führer der Nationalliberalen; als solcher unterstützte er den Fürsten Bismarck in allen militärischen, Macht- und Kolonialfragen, dagegen stand er dem Kulturkampf wie den gegen die Sozialdemokratie gerichteten Ausnahmegesetzen ablehnend gegenüber. Eine Gesamtpolitik von imponierender Ruhe und Durchsichtigkeit. Das war der Geist, in dem nach 1890 drei große Reformgesetze zustandekamen. Zuvörderst 1893 die Herabsetzung der Dienstpflicht in der Armee von drei auf zwei Jahre, womit die Erhöhung der jährlichen Aushebung um 80 000 Mann verbunden war; dann die preußische Steuerreform von 1891 bis 1893, das eigentliche Werk Miquels, wodurch das fundierte Einkommen stärker herangezogen, das Arbeitseinkommen entlastet und die Erbsteuer erhöht wurde; schließlich 1896 das Bürgerliche Gesetzbuch, welches dem ganzen Reich die Einheit des Zivilrechts brachte. An diesen Arbeiten nahm das Zentrum lebhaft teil, selbst an dem Bürgerlichen Gesetzbuch, obgleich dieses die Zivilehe festlegte; die klerikale Partei nahm das Unabwendbare mit einem ihren Standpunkt und die Form wählenden Protest hin. Durch diese kluge Politik wurde das Zentrum im Reichstage die ausschlaggebende Partei. Später erst verließ die Fortschrittspartei die unfruchtbare Verneinung; nur ein Teil ihrer Mitglieder stimmte schon für die Heeresreform von 1893; die Hartnäckigkeit ihres stärksten Mannes, Eugen Richters, rief eine Spaltung der Partei hervor, bis sein Tod 1906 die Wiedervereinigung ermöglichte; dann erst war die Bahn frei für den Eintritt der Linksliberalen in eine die Geschäfte führende Mehrheit des Reichstages. Eine heilsame Entwicklung also auf der Rechten wie auf der Linken. Darüber breitete sich allerdings ein Schatten durch den, wie es schien, unverföhnlichen Gegensatz der Sozialdemokratie zu der preußischen Monarchie; diese aber sah



ihre Stütze im Heer, im preußischen Adel und in der Beamtenschaft. Die historisch gegebene Natur des preußischen Staates blieb sich, auch unter den Nachfolgern Bismarcks, gleich: ebenso der Widerspruch der demokratischen Schichten gegen die straffe Staats- und Polizeigewalt.

Es kam allerdings eine Wendung, bei der für einige Zeit die Wege der Regierung und des grundbesitzenden Adels auseinandergingen. Dies geschah, als Caprivi und Miquel von der Bismarckschen Linie des Schutzzolles, zumal auf Erzeugnisse der Landwirtschaft, abrückten. Auf dieser Grundlage wurden 1892 und 1894 Handelsverträge mit Österreich-Ungarn und mit Rußland geschlossen. Den Hauptanstoß gab die Herabminderung der Zölle auf Weizen und Roggen von 5 auf  $3\frac{1}{2}$  Mark für das Kilogramm; daneben wurden gegen entsprechende Zugeständnisse des Auslandes auch die anderen deutschen Einfuhrzölle durchschnittlich um 25 vom Hundert herabgesetzt. Der Vertrag mit Österreich-Ungarn war auf dem Gedanken aufgebaut, die zwei Mittelmächte müßten sich auch handelspolitisch enger zusammenschließen, weil sich Politik und Wirtschaft im Völkerleben auf die Dauer nicht trennen ließen. Diese richtige Erwägung schlug durch, so daß der Handelsvertrag vom Reichstage mit 243 gegen 48 Stimmen angenommen wurde; fast nur die Konservativen, und auch diese nicht ausnahmslos, stimmten dagegen. Als aber die Regierung nach einem Zollkriege mit Rußland dasselbe Zugeständnis auch der russischen Landwirtschaft machte, ging, von Bismarck unterstützt, eine mächtige Welle des Widerstandes durch das agrarische Deutschland. Wohl wurde auch der deutsch-russische Handelsvertrag 1894 vom Reichstage genehmigt, aber gegen eine starke Opposition. Seitdem war Caprivi mit den Konservativen zerfallen.

Schon dadurch wurde die Stellung des Reichskanzlers untergraben, gleichzeitig auch durch den Wunsch des Kaisers nach Versöhnung mit Bismarck. Dem stand Caprivi im Wege. Der Kaiser erwies Bismarck gelegentlich seiner Erkrankung und Genesung manche Aufmerksamkeit und lud ihn — ohne Caprivi früher zu unterrichten — zu einem Besuche nach Berlin ein, wo er den Fürsten am 19. Januar 1894 als Gast an seine Tafel zog. Immer einsamer wurde es um Caprivi, der bei Hofe und im Adel den Boden unter sich wanken fühlte. Zuletzt kam er auch mit dem preußischen Ministerpräsidenten Botho von Eulerburg in Gegensatz; das war aber nur der äußere Anlaß zu der Entlassung, die er auf seine Bitte am 26. Oktober 1894 erhielt. Caprivi hatte verstan-



digerweise den Vorschlägen Eulenburgs zur Verschärfung des Sozialistengesetzes widersprochen. Ein tüchtiger Mann, der aber durch den Vergleich mit seinem großen Vorgänger zermürbt, endlich erdrückt wurde. Das fühlte er selbst und sagte bescheiden von sich: „Ich kann immer nur im Schatten des großen Mannes stehen“<sup>1)</sup>.

Die Feindseligkeit der von Bismarck oft verletzten Parteien der Linken äußerte sich, als kurz vor seinem 80. Geburtstag, der auf den 1. April 1895 fiel, der Präsident des Reichstages den Vorschlag machte, ihm den Glückwunsch des Hauses auszusprechen. Die Zustimmung wurde von der Mehrheit verweigert, die aus dem Zentrum, dem Fortschritt, den Sozialisten, aus Welfen und Elßässern bestand; die Konservativen und die Nationalliberalen blieben mit 146 gegen 163 Stimmen in der Minorität. Der Vorgang deckte einen Mangel in der menschlichen und politischen Kultur der Deutschen auf, sonst würde die Volksvertretung dem größten Sohne der Nation die Ehrung nicht versagt haben. Doch legten der Präsident Levetzow, ein Konservativer, und der erste Vizepräsident Bürklin, ein Nationalliberaler, unwillig ihre Stellen nieder; der Kaiser aber sprach in einem Telegramm an Bismarck „seine tiefste Entrüstung“ über die Haltung des Reichstages aus und reiste am 26. März nach Friedrichsruh, um seine Glückwünsche persönlich zu bringen.

Nach Caprivi wurde Fürst Chlodwig Hohenlohe Reichskanzler, vielersfahren, wohlerprobt, aber bereits 75 Jahre alt. Er besuchte nach seinem Amtsantritt den Fürsten Bismarck und vermittelte zwischen ihm und dem Kaiser. Der Groll des Altreichskanzlers war indes durch gute Formen nicht zu bannen. Noch 1896 erregte er bei der Regierung Bestürzung, als er das Geheimnis des Rückversicherungsvertrages und seiner Lösung der Welt bekanntgab. Wie weit, so fragte man sich, werde er mit seinen Enthüllungen, zu denen er als Privatmann in der Tat nicht berechtigt war, noch gehen? In dieser Zeit arbeitete er an seinem politischen Testament, den „Gedanken und Erinnerungen“. Man wird sie erst völlig beurteilen können, wenn auch ihr dritter Band veröffentlicht werden darf, der der Regierung Wilhelms II. gewidmet ist. Schon das, was von dem Werke vorliegt, ist eine wunderbare Mischung abgeklärter politischer Weisheit und ungebändigter persönlicher Empfindung. Unversöhnt schied Bismarck am 30. Juli 1898 aus dem Leben.

<sup>1)</sup> Otto Hammann, „Der neue Kurs“ (Berlin 1918), S. 24.



## R u s s i s c h - f r a n z ö s i s c h e s B ü n d n i s

Alle anderen Folgewirkungen des Rücktrittes Bismarcks stehen weit zurück hinter dem Abschwenken Rußlands zur Französischen Republik. Schon die Nichterneuerung des Neutralitätsvertrages von 1887 machte den Zaren stutzig: er hatte dem Fürsten bei seinem Besuche in Berlin im Herbst 1889 gesagt, daß, solange er im Amte bleibe, Rußland zum Gange der deutschen Politik Vertrauen haben könne — was aber dann? Nun geschah, vom russischen Standpunkt gesehen, noch etwas Schlimmeres: Deutschland schloß sich mit Großbritannien so eng zusammen wie niemals früher, besonders die zwischen Wilhelm II. und dem Prinzen von Wales gewechselten Trinksprüche erweckten den Verdacht weitergehender Abmachungen. Dazu kam, daß der neue Kurs wie in vielem so in der Polenpolitik eine Wendung nach links machte. Bismarck war mit Rußland in gleichem Schritt gegangen und hatte in den deutschen Ostmarken ein straffes Regiment gehandhabt; 30 000 Polen aus Rußland und Galizien wurden, um die slawische Überflutung zu verhindern, aus den östlichen Grenzprovinzen ausgewiesen, 1886 war die Besiedelung polnischen Grundbesitzes mit deutschen Bauern in Angriff genommen worden. Schon 1890 jedoch wendete sich die Gnade des Kaisers den Polen zu, deren parlamentarischer Führer, Herr von Koscielski, dafür mit den Seinigen für die Verstärkung der deutschen Flotte stimmte; scherzweise wurde ihm der Name „Admiralsti“ beigelegt. Konnte eine polenfreundliche deutsche Regierung auch russenfreundlich sein? Und zuletzt warf, so behauptete man in Petersburg, Deutschland seine Neze auch nach Frankreich aus. In seinem Wunsche, den Franzosen versöhnlich entgegenzukommen, ließ Kaiser Wilhelm es geschehen, daß seine Mutter in Begleitung ihrer Tochter Margarete am 18. Februar 1891 nach Paris reiste, um die Kunstschatze der französischen Hauptstadt zu besichtigen. In Wahrheit wurde damit eine Probe gemacht, ob der Deutschenhaß der Franzosen nicht doch im Abflauen wäre. Der Versuch mißlang: Paris erzitterte vor Aufregung, ein Loßbruch war zu fürchten und Kaiserin Friedrich hielt es für gut, ihren Aufenthalt abzukürzen. Am russischen Hofe aber fragte man sich, ob Deutschland es darauf abgesehen hätte, das Zarenreich völlig zu isolieren, ihm sogar in Paris Schach zu bieten.



Wer könnte sagen, welcher dieser Beweggründe ausschlaggebend war, um den Zaren zum Bündnis mit der Französischen Republik zu bestimmen? Er überwand seine Abneigung gegen die Republik: auf seine Einladung erschien am 23. Juli 1891 eine französische Flotte unter Admiral Gervais in Kronstadt; Alexander III. empfing ihn in Petersburg und erwiderte den Besuch an Bord seines Admiralschiffes; stehend hörte er die Marseillaise an, das Sturmlied der Revolution. Am 22. August 1891 wurde das Bündnis geschlossen, zur Verteidigung, wie es darin hieß. Etwas später kam zwischen den zwei Staaten eine Militärkonvention zustande, genau zwanzig Jahre darauf, 1912, eine Marinekonvention.

Es ist gesagt worden, das Ereignis wäre unabwendbar gewesen, so daß es sich vollzogen haben würde, auch wenn Bismarck länger Reichskanzler geblieben und der Neutralitätsvertrag durch ihn erneuert worden wäre. Das ist höchst wahrscheinlich, aber eine derartige Verteidigung entlastet die Nachfolger Bismarcks nicht von der Verantwortung für ihre Taten. Staatsmänner dürfen nichts unterlassen, wodurch ein widriges Geschick abgewendet werden kann. Schon die Hinausschiebung bessert mitunter die Lage; es hieße jeden politischen Fehler entschuldigen, wollte man das fatalistische Argument gelten lassen, die Geschehnisse der Menschen und der Staaten vollzögen sich in jedem Falle nach unabänderlicher Notwendigkeit. Es gehört zu der Größe der Politik Bismarcks, daß sie der Umklammerung Deutschlands entgegenwirkte und sie bis zu seinem Abgange verhinderte.

Caprivi glaubte die deutsche Nation damit trösten zu können, daß er nach der französisch-russischen Verbrüderung in einer Rede sagte, das Ereignis bedeute bloß die „Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts“. Diese Bemerkung wird durch einen nach seinem Rücktritt geschriebenen Brief vom 25. Februar 1895 ergänzt, in dem er sagte, die Aufgabe der Nachfolger des Fürsten Bismarck wäre gewesen, „die Nation in ein Alltagsdasein zurückzuführen“. Eine schneidende Selbstkritik! Bismarck hatte sein Volk aus dem Alltag emporgehoben, hatte dem von ihm gegründeten Reiche die Vorherrschaft in Europa verschafft. Von dieser gewaltigen Stellung glitt es seit seinem Scheiden herab. Hätte nicht die Furcht vor dem unergleichen Heere Deutschlands die Feinde im Zaume gehalten, die Staatskunst seiner Erben würde es nicht vermocht haben.

Außerlich zwar änderte sich nichts in den Beziehungen zwischen



den Höfen und den Regierungen Deutschlands und Rußlands. Als Bismarck bei seiner Anwesenheit in Wien 1892 in einem Gespräch die bittere Bemerkung machte, der Draht zwischen Berlin und Petersburg sei nach seinem Rücktritt abgerissen, wurde dies von den Leitern der deutschen Politik lebhaft in Abrede gestellt. Aber es lag viel Wahrheit in dem gegen sie erhobenen Vorwurf.

Immer mehr wurden die zwei großen Bündnisse das eiserne Gerüst der europäischen Festlandspolitik. Der zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn geschlossene Vertrag bedurfte keiner Erneuerung, da er jeweilig von selbst weiterlief (Seite 35). Anders der Dreibundvertrag vom 20. Mai 1887, der für fünf Jahre geschlossen war. Er wurde 1892 ohne eine sachliche Änderung verlängert, diesmal jedoch auf 12 Jahre, mit dem Rechte für jeden Vertragsteil, das Bündnis vor dem Ablauf des sechsten Jahres zu kündigen. Die Militärmächte waren Italiens sicher, weil es in einen bösen Zoll- und Finanzkrieg mit Frankreich verwickelt war. Solange Deutschland und Großbritannien zusammengingen, aber nur für so lange, besaß Italien überhaupt keine andere Wahl als die, sich zu ihnen zu halten. Das Bündnis mit Italien aber hatte zur Folge, daß sich die römische Kurie mit immer größerer Schärfe von beiden Mittelmächten abwandte. Papst Leo XIII., noch mehr sein Kardinalsekretär Rampolla arbeiteten an der Wiederaufrichtung des Kirchenstaates und erhofften von einem Siege der Waffen Frankreichs und Rußlands die Zerschmetterung der Einheit Italiens. Das Organ der Kurie, der „Osservatore Romano“, brachte Artikel von solcher Heftigkeit, daß es selbst den deutschen Klerikalen zu arg wurde. Auf der Versammlung dieser Partei zu Danzig im August 1891 wurde gegen den Versuch Einspruch erhoben, „den Papst, der allen Katholiken gehört, zum Verbündeten eines Teils der Katholiken gegen den anderen zu stempeln“<sup>1)</sup>.

Es ist anzuerkennen, daß Alexander III. und anfangs auch Nikolaus II., der 1894 auf den Thron kam, sich durch das Bündnis mit Frankreich nicht von der Linie friedlicher Politik abdrängen ließen. Beide Kaiser gaben in Paris unzweideutig zu verstehen, daß sie nicht gewillt wären, sich der Republik zuliebe und wegen ihrer Ansprüche auf Elsaß-Lothringen in einen Krieg zu stürzen. Im Jahre 1895 sagte der russische Reichskanzler Lobanow zu seinem deutschen Kollegen Für-

<sup>1)</sup> G. Egelhaaf, „Geschichte der neuesten Zeit“ (3. Aufl., Stuttgart 1911), S. 266.



sten Hohenlohe: „Eigentlich haben wir Europa einen großen Dienst erwiesen, daß wir uns Frankreichs angenommen haben. Gott weiß, was diese Leute angefangen hätten, wenn wir sie nicht am Zügel hielten.“ Und Fürst Hohenlohe, der diese Worte in sein Tagebuch eintrug, machte dazu die Bemerkung: „Ich finde, es liegt etwas Wahres darin.“

Der Wert des Bündnisses lag für die Franzosen mehr in der Rolle, die es in ihrem politischen Ideenkreise spielte; es läßt sich kein Fall angeben, in welchem die Allianz ihnen einen wesentlichen Dienst leistete. Rußland dagegen zog aus den Verhältnissen greifbare Vorteile. Vor allem wurde sein Bedürfnis nach Anleihen auf dem französischen Geldmarkt gestillt. Im Dezember 1888 kam das erste russische Staatsanlehen in der Höhe von 500 Millionen Franken zustande, dem andere in kaninchenartiger Fruchtbarkeit folgten. Bis zum Jahre 1896 fanden im ganzen 13 Emissionen statt im Gesamtbetrage von 5519 Millionen Franken. Hierauf wurde das französische Kapital zurückhaltend und es folgte eine für Rußland unangenehme Pause bis 1901. In diesem Jahre öffnete die Pariser Hochfinanz wieder den Geldbeutel und bis 1906 flossen weitere 2424 Millionen Franken in die russischen Staatskassen. Außerdem wurden noch größere Summen in russischen Privatunternehmungen angelegt, in Eisenbahnen, Bergwerken und Fabriken. Im ganzen nahmen bis 1909 gegen 12 Milliarden Franken aus den Ersparnissen Frankreichs den Weg ins Zarenreich. Es war das etwa ein Viertel des gesamten von den Franzosen im Ausland angelegten Kapitals<sup>1)</sup>. Rußland erhielt dadurch die Möglichkeit, den Abgang im Staatshaushalte zu decken, die Goldwährung einzuführen, Bahnen für den Staat anzukaufen und endlich das Riesenwerk der sibirisch-mandschurischen Bahn ins Leben zu rufen. Mit der Gesundung der russischen Finanzen nach 1908 kam in diese Staatsanlehen eine Unterbrechung, sie mußten jedoch einige Jahre später wegen des Baues einer Kriegszlotte wieder aufgenommen werden; und dies war einer der Gründe, weshalb Rußland sich 1912 zu einer Marinekonvention mit Frankreich verstand. Im Jahre 1913 wurde die Höhe des in Rußland arbeitenden französischen Kapitals in einer ernsten Pariser Wochenschrift, „Le Correspondant“, auf 17 Milliarden Franken

<sup>1)</sup> Die Ziffern nach André Tardieu, „La France et les alliances“ (3. Aufl., Paris 1910), S. 11.



veranschlagt. An derselben Stelle sind die Bestechungen der französischen Presse durch die russische Regierung folgendermaßen besprochen: „Die russische Regierung trifft die notwendigen Vorsichtsmaßregeln, damit das französische Publikum nicht mehr erfahre, als es wissen soll. Im Jahre 1910 (und ich habe allen Grund zu glauben, daß es heute ebenso ist) gab die russische Botschaft in Paris 1200000 Franken für ihren geheimen Dienst aus, abgesehen von den Summen, die durch andere Kanäle für finanzielle Anzeigen gezahlt wurden.“

Ebenso wertvoll war es für die Russen, daß ihnen der ganze Einfluß Frankreichs im Orient zur Verfügung stand. Wenn das Petersburger Kabinett in Konstantinopel, Teheran oder Peking einen Druck auszuüben für gut fand, so drückten die Vertreter der Französischen Republik mit. Wie anders in früheren Zeiten, wo die Bourbonen, Louis Philippe, Napoleon I. und sein Neffe überall als mächtige Herren mitsprachen! Frankreich trat jetzt auf den genannten Schauplätzen freiwillig hinter seinen Bundesgenossen zurück und suchte dafür in Afrika und in Hinterindien Raum für seinen Tatendrang. Darin zeigte sich das Schwinden französischen Selbstvertrauens, das sich durch den Verlust von Elsaß-Lothringen nicht ganz erklären läßt. Wohl hatte die Losreißung dieser Provinzen dem nationalen Stolz eine schwere Wunde geschlagen, sie war aber nicht die Hauptursache der Eindämmung der französischen Macht. Frankreich hat mehr noch durch die Tatsache der Entstehung der zwei benachbarten Nationalstaaten gelitten, was um so schmerzhafter empfunden wurde, als früher die militärischen Spaziergänge an den Rhein und über die Alpen zu den Vergnügungen des Hofes und des Volkes gehörten. Selbst wenn Deutschland 1871 Elsaß-Lothringen nicht zurückgenommen hätte, wäre die Weltstellung Frankreichs von Grund aus geändert gewesen. Dies der tiefere Grund des Unbehagens der unruhigen Nation und dadurch wurde sie Rußland in die Arme geführt.